

PerGlobal



Diskussion

**NGOs in den USA nach dem
11. September:**

Auf der Suche nach der eigenen Relevanz.

Nika Greger und Tile von Damm
Washington, November 2001

Das Dilemma US-amerikanischer NGOs nach dem 11. September

Keine erkennbare Opposition

Noch immer sitzt der Schock verursacht durch die terroristischen Attacken vom 11. September tief in der US-amerikanischen Bevölkerung. Die Nichtregierungsorganisationen (Non-Governmental Organizations - NGOs) in den USA erscheinen ebenfalls gelähmt. Eine Opposition ist derzeit nicht erkennbar, obwohl es gerade in Zeiten wie diesen an vernünftigen Konzepten und Strategien mangelt. Die Frage, die sich stellt, ist, weshalb es nach dem 11. September zu einer so großen Konzept- und Sprachlosigkeit innerhalb der NGO-Community kommen konnte. Erschien die Absage der Proteste zur Jahrestagung von Weltbank und IWF noch als verständlich, so verhalten sich auch drei Monate nach den Attacken viele NGOs unpolitisch und tragen wenig zu einer Änderung des eingeschlagenen Kurses der US-Regierung bei.

Stattdessen breite Zustimmung

Die terroristischen Anschläge des 11. September haben in den USA zu einer breiten Zustimmung aller gesellschaftlichen Gruppen zu der Politik der Bush-Administration geführt. *United we stand* und *God bless America* sind im Alltagsbild der USA nicht nur ständig präsent, sondern symbolisieren vielmehr das Verständnis und die Stimmung vieler US-Amerikaner/innen von sich und ihrem Land nach den Anschlägen. Zugrunde liegt dem vor allem der Schock, aber auch die Angst und persönliche Betroffenheit gegenüber den Ereignissen.

War against terrorism

Übersehen werden darf allerdings nicht, dass die derzeitige politische Situation in den USA nicht nur durch die terroristischen Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon bestimmt ist, sondern auch und vor allem durch den War against Terrorism und dem den Anschlägen folgenden Angriff der Anti-Terror-Koalition unter Führung der USA auf Afghanistan. Das hat einen wesentlichen Effekt auf die gesamte mediale Berichterstattungen sowie auf die derzeit überhaupt mögliche Diskussion über einen globale Strategie.

America strikes back ist nicht nur eine medienwirksame Idee des Nachrichtensenders CNN, sondern bringt auch das Bedürfnis nach Vergeltung eines großen Teils der US-Bevölkerung als Reaktion auf den Tod von über 5.000 Zivilisten auf den Punkt.

Vereinfachung politischer Debatten

Diese gesellschaftliche Situation birgt gerade für die US-amerikanischen NGOs besondere Probleme und Herausforderungen in sich, denen sie auch drei Monate nach den Attacken nicht gewachsen zu sein scheinen.

Die Ereignisse des 11. Septembers, der Kriegszustand und das dadurch aufgeheizte politische Klima haben zu einer starken Vereinfachung der politischen Debatten geführt. Die Hysterie in den USA trägt dazu bei, dass NGOs für die Angriffe mitverantwortlich gemacht werden und nicht wenige Stimmen nicht nur islamisch-fundamentalistische Gruppen an den Pranger stellen, sondern auch die sogenannte Antiglobalisierungsbewegung. So machte beispielsweise Don Young, Kongressabgeordneter aus Alaska direkt das Movement für die Attacken verantwortlich und auch die UN verbot in den ersten Tagen nach den Anschlägen den NGO-Vertreter/innen den Zugang zu allen UN-Gebäuden in New York.

Fehlende langfristige Konzepte

Die Ereignisse des 11. September haben innerhalb der NGOs zunächst zu Sprachlosigkeit und Betroffenheit geführt, die die bestehenden Konzepte und Ziele im Bereich Globaler Gerechtigkeit kurzfristig außer Kraft gesetzt haben. Bisher ist es den NGOs nicht gelungen, diese gesellschaftlich-konzeptionelle Lücke durch vernünftige langfristige Strategien zu füllen, die auf dem bereits von ihnen Erarbeiteten aufbauen. Stattdessen stehen die NGOs vor den von der Regierung geschaffenen Fakten, vor allem in Form des Kriegszustandes. Daraus ergibt sich das Dilemma, auf der einen Seite von der Fragwürdigkeit eines Krieges in Afghanistan und dessen Ausweitung auf andere Länder wie beispielsweise den Irak überzeugt zu sein, auf der anderen Seite aber kaum Alternativen auf die Frage "Was sollen wir denn machen, schließlich sind wir auf unserem eigenen Grund und Boden angegriffen worden" zu haben.

Wer nicht für uns ist, ist gegen uns

Hinzu kommt, dass Konzepte, die sich für Alternativen zum eingeschlagenen Kurs der Bush-Administration aussprechen, als Kritik nicht nur an der Regierung, sondern an dem gesamten gesellschaftlichen System verstanden werden - "Wer nicht für uns ist, ist gegen uns", wie Präsident Bush in seiner Wildwestmanier nicht müde wird, aller Welt zu verkünden. Die Tatsache, dass sich die USA im Kriegszustand befinden, hat diese Tendenzen noch verstärkt – oppositionelle Stimmen sind nicht erwünscht und werden daher auch kaum in Medien und Öffentlichkeit zugelassen – zudem kann die US-Regierung auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens bauen.

NGOs im Dilemma

Die billige Kriegsrhetorik der Bush-Administration beinhaltet ein weiteres Problem besonders für oppositionelle Gruppen in den USA. Denn als Kehrseite der Medaille trifft viele gerade aus diesem Umfeld die Tatsache besonders hart, dass ein Teil der Welt eine generelle Abneigung gegen sie als US-Amerikaner/innen zu hegen scheint. Das Dilemma für viele NGOs ist, dass sie auf der einen Seite natürlich Werte wie *freedom* und *democracy* propagieren, es aber auf der anderen Seite als "kritische Opposition" unverständlich finden, weshalb die USA als heterogenes Gesellschaftsgebilde per se verdammt werden können. Dieses außergewöhnlich ausgeprägte Sendungsbewusstsein, bei dem vor allem die Verteidigung und der Export von humanistischen Werten, Freiheit und Freizügigkeit im Mittelpunkt stehen, wird kaum hinterfragt.

Schnelle Hilfsmaßnahmen

Sehr viele NGOs haben unmittelbar nach dem 11. September Hilfsaktionen organisiert und dadurch mit dazu beigetragen, schnell und unbürokratisch Opfern und Betroffenen zu helfen. Auch beteiligen sich viele US-amerikanischen NGOs an Hilfsmaßnahmen für die afghanische Bevölkerung. Bedauerlicherweise scheint in diesem sowohl innen-, als auch außenpolitisch stark polarisierten Klima der Rückzug auf reine Hilfsaktionen im humanitären Bereich eine der wenigen Möglichkeiten für zivilgesellschaftliche Gruppen zu sein, sich zu engagieren. Gerade für in dieser Zeit wichtige langfristige Konfliktlösungsstrategien und weitreichende Konzepte zu globaler Gerechtigkeit findet sich kaum eine Audienz, zudem sich viele NGOs auf unpolitische Felder beschränken.

Passivität stärkt Bush

Der 11. September hat das US-amerikanische Selbstverständnis stark getroffen. Seit nunmehr fast zwei Monaten befinden sich die USA im Kriegszustand. In einer solchen Situation ist es besonders für oppositionelle Gruppen schwer, eine Gegenmeinung zum herrschenden Mainstream zu entwickeln und in die Gesellschaft zu tragen. Dennoch tragen vor allem die NGOs durch ihre andauernde Passivität bzw. mangelnde politische Aktivität dazu bei, den Kurs der Bush-Administration zu stabilisieren.

Dieser Artikel erschien in leicht modifizierter Form in: Erklärung von Bern (EvB): Vom Bergdorf ins Waldorf. Das Weltwirtschaftsforum in New York: Globalisierung nach dem 11. September, EvB-Magazin 1a/2002, S. 6-7, Bern 2002

Kontakt: info@perglobal.com